

Globale Lieferketten, globale Rechte?
Herausforderungen der Absicherung globaler Lieferketten
Christoph Kunz, Thomas Wagnsonner, Georg Pilz

Dieses Policy Paper stellt zentrale juristische Herausforderungen von Regelungen zur Absicherung von Menschenrechten, inklusive von ArbeitnehmerInnenrechte und dem Recht in einer gesunden und geschützten Umwelt zu leben, in globalen Lieferketten vor und stellt sie als Konferenzbeitrag zur Diskussion. Auf Grundlage bestehender Vorarbeiten¹ und Studien² werden die juristischen Thematiken weltweiter Rechtsdurchsetzung des Schutzes von Menschenrechten in globalen Lieferketten – insbesondere mit dem Schwerpunkt einer Gewährleistung des Zugangs von Opfern zu fairen Gerichtsverfahren und dem Ersatz für erlittene Schäden - aufgegriffen und systematisch vorgestellt.

Das Paper und der Kongressbeitrag sollen regelungstechnische Herausforderungen einer solchen Regelung für Personen mit anderem fachlichen Hintergrund zugänglicher machen und Grundlage für eine Diskussion bieten.

Menschenrechte werden in globalen Lieferketten regelmäßig verletzt³. Opfer von solchen Verletzungen sehen sich langwierigen und oft fruchtlosen Prozessen gegenüber, wenn sie versuchen Entschädigung für ihre Verletzungen zu erhalten. Globale Lieferketten sind von großen multinational operierenden Unternehmen dominiert, deren Mittel und Organisation jegliche Durchsetzung gegen ihre Interessen schwierig machen. Die aktuelle Diskussion ist unter dem Stichwort „Lieferkettengesetz“ von einem beispiellosen Trend in Richtung der Durchsetzung solcher Rechte geprägt. Initiativen vonseiten vieler Unternehmen bestehen ebenso, müssen aber oft kritisch hinterfragt werden.

Im Paper werden überblickshaft aktuelle Entwicklungen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene dargestellt. Der Kern der Vorbereitung befasst sich aber mit der (juristischen) Herausforderung die solche Regelungen verursachen und ihrer Einordnung für Politikgestaltung. In einem Problemaufriss werden daher die grundlegenden Rechtsfragen vor- und genauer dargestellt:

¹ Stellungnahmen des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses INT/911 – *Verbindliche Sorgfaltspflicht* v. 18.09.2020 sowie REX/518 - *Ein verbindliches UN-Abkommen über Wirtschaft und Menschenrechte* v. 11.12.2019

² Marx, Wouters et al. im Auftrag des Europäischen Parlaments, *Access to legal remedies for victims of corporate human rights abuses in third countries*, Brüssel 2019; Europäische Grundrechteagentur, *Improving access to remedy in the area of business and human rights at the EU level*, Wien 2017, Smit Bright et al im Auftrag der Europäischen Kommission, *Study on due diligence requirements through the supply chain*, Brüssel 2020

³ Einige Beispiele aus jüngerer Vergangenheit: Haselnusspflücker in der Türkei: <https://www.nytimes.com/2019/04/29/business/syrian-refugees-turkey-hazelnut-farms.html>, Kinderarbeit bei der Grabsteinherstellung: <https://kurier.at/politik/ausland/blutige-grabsteine-was-friedhoefe-mit-kinderarbeit-zu-tun-haben/400477447>, Mineralienabbau für Akkus von Elektroautos: <https://www.dw.com/de/kinderarbeit-f%C3%BCr-elektro-autos/a-40151803>

- Welche Menschen- und Umweltrechte sollen durchgesetzt werden? Ausgehend von weltweiten Akten, wie der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der UN-Menschenrechtspakte werden Fragen der Anwendbarkeit regionaler Regelungen und ihre Berücksichtigung im globalen Kontext gestellt. Spannungsfelder nationaler Regelungen, grundlegender Arbeitsrechte und Umweltrechten werden umrissen.
- Welche Optionen gibt es, diese Regeln für die gesamten globalen Lieferketten verbindlich zu machen? Kriminal- und Verwaltungsstrafrecht werden angerissen. Der Schwerpunkt wird auf privatrechtlicher Durchsetzung liegen, und in Folge wird auf Schadenersatzfragen fokussiert. Optionen werden dargestellt, um Schadenersatzrecht für Menschenrechte in globalen Lieferketten operabel zu machen.
- Weiterführend von der Frage der anwendbaren Menschenrechte stellt sich auch die Frage des anwendbaren Rechts. Daher wird im nächsten Schritt illustriert welche praktischen Probleme sich bei einer reinen Berufung auf allgemeine Menschenrechte stellen können und welche Rechtsmaterien typischerweise den Schutz von Leben, Gesundheit, Umwelt und Selbstbestimmung sicherstellen. Davon ausgehend wird an diskutiert welche Faktoren die Auswahl der anwendbaren Rechtsordnung beeinflussen können und welche Problematiken sich damit für Opfer aber auch Unternehmen ergeben können.
- Welche Gerichte sollen für die Durchsetzung der Rechtsvorschriften zuständig sein? Es stellen sich praktische Fragen über Beweiserhebungen, Unabhängigkeit der Gerichte und Prozessfinanzierung.
- Sind nationale Gerichtstrukturen für die Rechtsdurchsetzung ausreichend, oder braucht es darüber hinaus einen starken internationalen Überwachungs- und Durchsetzungsmechanismus?
- Letztlich stellen sich, auch bei kritischer Betrachtung, Fragen des internationalen Wettbewerbs. Europäische Unternehmen schneiden in entsprechenden Rankings regelmäßig besser ab, als solche aus den Vereinigten Staaten oder aus China.⁴ Das schafft komplexe Anforderung an eine Regelung, um weltweite Geltung und Durchsetzung sicherzustellen.

Aus den dargestellten Rahmenbedingungen wird abgeleitet, dass die verschiedenen politischen Ebenen – Vereinte Nationen, Europäische Union sowie nationale Regelungen ineinandergreifen müssen um globale Lieferketten abzusichern. Diese Ableitung soll zur Diskussion gestellt, aber auch Lösungsvorschläge unterbreitet werden.

⁴ <https://www.corporatebenchmark.org/>.